

Zivilklausel und KIT-Gesetz

Die seit mehr als drei Jahren geführte Auseinandersetzung um die Friedensbindung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) hat sich zugespitzt. Begleitet vom Protest in Form einer Mahnwache der Initiative und der DFG-VK beschloss der Landtag Baden-Württemberg am 9. Mai auf Vorlage von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) das KIT-Gesetz ohne die von den Studierenden der Uni Karlsruhe, den Gewerkschaften, Friedensorganisationen und den früheren Oppositionsparteien Grüne und SPD selbst geforderte Zivilklausel („Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“).

Die Presse-Erklärung der Initiatoren der Mahnwache vom 3. Mai (S. 3-4), ein bereits im Vorfeld eingesetztes Transparent (Bild Mitte), eine ddp-Meldung vom 8. Mai (S. 5-6) und das bei der Mahnwache verteilte Flugblatt (Original S. 3-6) führten zu einer beachtlichen Presse-Reaktion, mit der das von KIT-Präsidium und der neuen Landesregierung eingeübte Aussitzen durchbrochen wurde. Auf den Seiten 1,2,7 eine kleine Auswahl mit Bild-dokumenten.

Exakt dem gesellschaftlichen Hintergrund der Zivilklausel als Gestaltungsmittel der „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ ist eine Tagung am 15./16. Juni an der Uni Karlsruhe KIT gewidmet, über deren Programm auf der Rückseite (S. 8) informiert wird.



Bild: Uwe Borchert

In der Landtagsdebatte kam die Wissenschaftsministerin auf dieses bei der Mahnwache vor dem Landtag verteilte Flugblatt (*) zu sprechen. Ein Satz daraus in der gemeinsamen Presse-Erklärung hatte ihr besonders missfallen, nämlich die Ankündigung „Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt.“ Nebenstehendes Bild aus der Aufzeichnung „Landtag live“ zeigt die Ministerin mit dem Flugblatt just in dem Moment, in dem sie das Zitat verliest. Eine direktere Aufforderung zur Fortsetzung des Widerstands gegen die KIT-Militarisierung ist kaum vorstellbar.



(*) www.stattweb.de/files/civil/Doku20120508.pdf



Mahnwache am 9. Mai vor dem Landtag Baden-Württemberg Bild: Bernhard Höll

Unter dem Titel „Militärforschung im grünen Ländle“ erinnert Nadine Michel in der taz vom 10. Mai an die studentische Urabstimmung (fast 2/3 für Zivilklausel) und an die 2009 von der grünen Oppositionspolitikerin Bauer beantragte Zivilklausel für das KIT-Gesetz. Heute wolle sie das nicht mehr, weil sie nicht in die Wissenschaftsfreiheit eingreifen möchte. Vielmehr wolle sie einen Diskussionsprozess um die freiwillige Selbstverpflichtung der Hochschulen in Gang setzen. *„So hat sie eine Diskussion über die Glaubwürdigkeit der Grünen und Sozialdemokraten ausgelöst.“* resümiert die taz-Autorin.



Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Theresia Bauer liegt die Forschung am Herzen – offenbar auch die militärische. Bild: dpa

Bildunterschrift taz online 09.05.12

Sie schließt den Beitrag mit zwei Stimmen der Kritik: *„Damit wird ein Wahlversprechen gebrochen“* (Dietrich Schulze von der Initiative) und *„Zu einer nachhaltigen Wissenschaft passt keine Forschung, die militärische Konfliktlösungen zum Ziel hat“* (Jessica Messinger, Landesvorsitzende der Grünen Jugend).

Wie Roland Muschel in der „Südwestpresse“ am 11. Mai berichtet, kritisierten beide Nachwuchsverbände von Grünen und SPD die Ministerin. Juso-Landeschef Markus Herrera Torrez hatte gegenüber der Zeitung erklärt *„die Wissenschaftsministerin habe leider ihre Wurzeln in der Friedensbewegung vergessen“*. Grüne Jugend wie Jusos forderten nun eine verbindliche Regelung zur Zivilklausel im Landeshochschulgesetz. Zwei in der Zeitung zitierte Begründungen gegen die KIT-Zivilklausel bestätigen unmittelbar die Kritik.



Weiter Waffenforschung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Bildmontage und Bildunterschrift in SWR-Meldung vom 09.05.12

..... Fortsetzung auf S. 7

FÜR FRIEDLICHE HOCHSCHULEN Mahnwache am 9.5. bei Stuttgarter Landtag

Wahlversprechen einhalten!! Zivilklausel für KIT und LHG! Gegen Atom- und Waffenforschung!

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und die DFG-VK Baden-Württemberg rufen für den 9. Mai 2012 ab 8.30 Uhr zu einer Mahnwache vor dem Landtag Baden-Württemberg auf. Treffpunkt: Staatstheater Stuttgart. Sie protestieren gegen die geplante Beschlussfassung für ein Weiterentwicklungsgesetz des Karlsruher Instituts für Technologie KIT ohne Zivilklausel an diesem Tag im Landtag. Damit werde die verfehlte Konzeption der abgewählten Landesregierung für das 2009 errichtete KIT im Wesentlichen fortgeführt und ein Grün-Rotes Wahlversprechen gebrochen.

Die früheren Oppositionsparteien hatten anlässlich der Errichtung des KIT als Zusammenschluss der Universität und des Forschungszentrums Karlsruhe die Zivilklausel „**Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.**“ für das KIT-Gesetz beantragt. In ihren Wahlprogrammen hatten beide Parteien die Friedensbindung durch eine gesetzliche Zivilklausel für KIT und alle Hochschulen des Landes versprochen. KIT ist aber zu einem weitgehend mitbestimmungsfreien Selbstbedienungsladen für Wirtschaft und Militär entwickelt worden. Am KIT wird Rüstungsforschung betrieben, zum Beispiel an Kriegsdrohnen. Ein Offener Brief an die Grün-Roten Abgeordneten mit Erinnerung an das Wahlversprechen wurde ignoriert. Unbeeindruckt vom Ausstiegsbeschluss wird an der Forschung für Atomreaktoren der IV. Generation festgehalten. Die Wochenzeitung KONTEXT hat gerade am Beispiel Pakistan an den umstrittenen atomtechnologischen Wissenstransfer des früheren Kernforschungszentrums erinnert, womit die Notwendigkeit der Zivilklausel erneut unterstrichen wird.



Transparent am 1. Mai 2012 zur Kundgebung an der Seebühne im Stadtgarten Karlsruhe

„Diese Ignoranz und Unsensibilität von KIT und der neuen Landesregierung sind schädlich für das demokratische Gemeinwesen“, sagt Dietrich Schulze von der Initiative dazu. Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt. **„Unsere Forderung nach Einhaltung der Wahlversprechen bleibt auf der Tagesordnung: Zivilklausel in das KIT-Gesetz JETZT und für alle Hochschulen per Landeshochschulgesetz LHG!“**

Aktionen gegen Rüstungsforschung und für die Zivilklausel gibt es bereits an drei Dutzend Hochschulen. Eine bundesweite Aktionswoche vom 1. bis 8. Mai **„Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“** wird ein Zeichen dafür setzen. „Die Aktion am 9. Mai in Stuttgart ist für uns mahrender Abschluss dieser Aktionswoche“, erklärt Roland Blach, Landesgeschäftsführer DFG-VK Baden-Württemberg. **„Die Bundeswehr hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen“**, so Roland Blach weiter. Dazu sind vom 24. bis 29. September bundesweit weitere dezentrale Aktionen geplant.

In Erinnerung an die Stärke der Friedensbewegung vor einem Vierteljahrhundert wird am **15./16. Juni am KIT eine bundesweite Tagung zur „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“** stattfinden. „Das gab es und das kann es wieder geben: Am 20. Oktober 1983, dem ‚Tag der Schulen und Hochschulen‘ in der damaligen Aktionswoche, zogen Schüler und Lehrer, Studenten und Professoren gemeinsam gegen Kriegsrüstung auf die Marktplätze“ resümiert Dietrich Schulze.

Kontakt: Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de 0160-99113131
Roland Blach dfg-vk@paritaet-bw.de 0177-2507286

Aktuelle Informationen:

„Die Pakistan-Connection“ in Kontext-Wochenzeitung, 2. Mai 2012:

www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2012/05/die-pakistan-connection/

„Atom- und Waffenforschung unterbinden“ in: Neue Rheinische Zeitung,

2. Mai 2012: www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17736

„Für friedliche Forschung“ in: Junge Welt, 27. April 2012:

www.jungewelt.de/2012/04-27/045.php

„Theresia Bauer besteht nicht mehr auf rein ziviler Forschung“ in: Frankfurter

Rundschau, 19. April 2012: www.fr-online.de/wissenschaft/wissenschaftsministerin-von-baden-wuerttemberg--wahlversprechen-vergessen-,1472788,14948276.htm

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Landesverband Baden-Württemberg

Werastr. 10, 70182 Stuttgart

Fon 0711-51885601

Mobil 0177-2507286

Mail ba-wue@dfg-vk.de

Web bawue.dfg-vk.de/

Facebook

www.facebook.com/groups/DFG.bawue/



Initiative gegen Militärforschung an Universitäten



WebDokumentation

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Dr.-Ing. Dietrich Schulze

Mail dietrich.schulze@gmx.de

Fon 0721-385403

Mobil 0160-99113131

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied in der DFG-VK

<https://www.dfg-vk.de/mitglied-werden>

**Versammlung am 1. Mai 2012 in Karlsruhe
mit Transparent im Hintergrund (Bildmitte)**





8. Mai vor der Mensa der Uni KIT - Verteilung der Presse-Erklärung zur Lesung des KIT-Gesetzes am 9. Mai im Landtag (Transparent zur Mahnwache im Hintergrund)

Presseartikel 8. Mai zur Mahnwache

<http://www.jungewelt.de/2012/05-08/019.php> Auszug
08.05.2012



Bundesweit für Zivilklauseln
Studierende und Uni-Mitarbeiter machen Druck gegen Militärforschung
Von Michael Schulze von Glaßer

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiter, startete die bundesweite Aktionswoche gegen Militärforschung an deutschen Hochschulen. In vielen Städten – etwa in Rostock und München – reihten sich Studierende und Universitätsangestellte in die Gewerkschaftsdemonstrationen ein, um auf ihr Anliegen ziviler und friedlicher Forschung und Lehre aufmerksam zu machen. Ziel der Initiativen ist es, eine sogenannte Zivilklausel in der Grundordnung ihrer Hochschule zu verankern. Damit würden sich die Einrichtungen verpflichten, nicht mehr für militärisch-kriegerische Zwecke zu forschen. An vielen Universitäten fanden in den vergangenen Tagen teils aufsehenerregende Aktionen statt.
Die bundesweite Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und die Deutsche Friedensgesellschaft Baden-Württemberg rufen für den 9. Mai zu einer Mahnwache vor dem Landtag in Stuttgart auf. Dort soll am Mittwoch von den Landtagsabgeordneten ein Beschluß für ein Weiterentwicklungsgesetz des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) beschlossen werden, der jedoch keine Zivilklausel vorsieht.

WELT ONLINE <http://www.welt.de/newsticker/news3/article106271679/Gruen-Rot-will-Ruestungsforschung-am-KIT-weiter-erlauben.html>

8. Mai 2012

Grün-Rot will Rüstungsforschung am KIT weiter erlauben

In der Opposition forderten die Parteien noch ein Verbot - Kriegsgegner sehen Wahlbetrug

Karlsruhe/Stuttgart (dapd-bwb). Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) darf voraussichtlich weiter für die Waffenindustrie geforscht werden. Damit wird es auch unwahrscheinlicher, dass Baden-Württemberg

als erstes Bundesland die Rüstungsforschung an sämtlichen Hochschulen gesetzlich verbietet. Friedensaktivisten werfen Grünen und SPD bereits Wahlbetrug vor.

Am Mittwoch (9. Mai) wollen sie demonstrieren, wenn der Landtag über einen Gesetz zur Weiterentwicklung des KIT entscheidet. Eine sogenannte Zivilklausel - die Rüstungsforschung ausschließen soll - fehlt in dem Entwurf. Dabei hatte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als Oppositionspolitikerin genau diese gefordert.

Wissenschaftsministerin Bauer für Selbstverpflichtung

Inzwischen hört sich das anders an: "Es ist ein Unterschied, ob man für Zivilklauseln im Sinne einer Selbstverpflichtung eintritt, wie ich es immer bevorzugt habe, oder ob man ein Verbot durch den Gesetzgeber will", sagte Bauer im November vergangenen Jahres, rund ein halbes Jahr nach dem Antritt der grün-roten Landesregierung. Eine "gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten" lehnte sie ab.

Auch ein Sprecher der Ministerin sagte nun auf dapd-Nachfrage, Bauer habe "seit jeher betont, dass es ihr um eine Selbstbindung geht, um eine Diskussion auf Hochschulebene".

Als im Jahr 2009 die Universität Karlsruhe mit dem Kernforschungszentrum zum KIT verschmolzen wurde, wollte Bauer die Zivilklausel aber noch vorschreiben. Die schwarz-gelbe Landtagsmehrheit lehnte den Antrag von SPD und Grünen jedoch ab.

Friedensaktivisten setzten daher Hoffnungen in die neue Landesregierung, fordern Vorgaben im Landeshochschulgesetz. Damit könnte Baden-Württemberg zum bundesweiten "Vorreiter" werden, wie Dietrich Schulze von der "Initiative gegen Militärforschung an Universitäten" sagt. In Bremen werde ebenfalls über die Zivilklausel diskutiert, in den übrigen Bundesländern sei Rüstungsforschung an den Hochschulen derzeit grundsätzlich erlaubt.

Umso schwerer wiegt die Enttäuschung über die Landesregierung in Baden-Württemberg. "Damit wird ein Wahlversprechen gebrochen", sagt Schulze. In der Tat können die Wahlprogramme von Grünen und SPD Hoffnung machen auf ein Verbot von Rüstungsforschung. Die Sozialdemokraten schreiben etwa: "Die Forschung in Baden-Württemberg soll ausschließlich friedlichen Zwecken dienen." Und bei den Grünen heißt es, sie würden die Einführung von Zivilklauseln "befürworten".

Kriegsgegner sieht "Kniefall" vor der Rüstungsindustrie

Dass die Landesregierung Rüstungsforschung am KIT nun erlauben will, erklärt sich Schulze damit, "dass die führenden Leute vor den Mächtigen aus Rüstung und Wirtschaft in die Knie gehen". Auch die Hochschulen seien unterfinanziert und würden dadurch stärker abhängig von der Waffenindustrie.

Das KIT selbst möchte in den kommenden Wochen ethische Leitlinien verabschieden, wie eine Sprecherin des Instituts der dapd sagt. "Die Leitlinien respektieren die Freiheit der Wissenschaft und appellieren gleichzeitig an die Verantwortung jedes Einzelnen." Schulze reicht das nicht. Er fordert eine verbindliche Vorgabe.

Von 1996 bis 2005 arbeitete Schulze selbst als Elektrotechniker im Kernforschungszentrum, für das eine Zivilklausel gilt. Durch die Zusammenlegung zum KIT könne Rüstungsforschung bequem an der Universität betrieben werden, die Zivilklausel werde so "ausgehöhlt und damit abgeschafft".

Am KIT gibt es laut Sprecherin gar keine "Rüstungsforschung im engen Sinne". Dass die Forschungsergebnisse "vielfältig genutzt werden können", lasse sich jedoch generell nicht ausschließen. So könnten Leichtbaumaterialien etwa für Verkehrsflugzeuge oder auch für Kampffjets verwendet werden.

Der ehemalige Forscher Schulze sieht dennoch Zeichen für Rüstungsforschung. Automatisch gesteuerte Autos seien von einem KIT-Mitarbeiter Anfang des Jahres auf einer Wehrtechniktagung vorgestellt worden. Und die Entwicklung eines Breitband-Nachrichtensystems werde vom Verteidigungsministerium finanziert.

(Antrag aus 2009: <http://url.dapd.de/EvKmQY>)



Grün-Rot will Rüstungsforschung am KIT weiter erlauben © DAPD

Fortsetzung von S. 2

FDP-Hochschulexperte Timm Kern sagte der Zeitung „Eine Zivilklausel hätte die Autonomie des KIT erheblich eingeschränkt.“ Und KIT-Sprecherin Monika Landgraf erklärte "Rüstungsforschung » i m e n g e r e n S i n n e « gibt es am KIT ohnehin nicht."

Zahlreiche Medien hatten die dadp-Meldung vom 8. Mai übernommen und als Anregung für eigene Überlegungen verwendet. Eine unvollständige Zusammenstellung von Berichten ist nachlesbar in der Webseite der Hochschulgruppe „Alternative Liste“ Uni Karlsruhe KIT <http://al.blogsport.de/images/DokuMahnwache120510.pdf>

Das Karlsruher online Magazin ka-news.de hatte die Meldung zum Anlass genommen, eine Internet-Umfrage zu starten, ob militärische Forschung am KIT verboten werden soll.

Das nebenstehende Ergebnis widerspiegelt eine ähnlich klare Aussage zugunsten der Zivilklausel, wie sie im Januar 2009 in der erwähnten Urabstimmung der Studierenden zum Ausdruck kam.

Die Karlsruher Bundestagabgeordnete der Linken MdB Karin Binder erklärte am 8. Mai: *"In Sachen Zivilklausel haben Grüne und SPD ihre WählerInnen betrogen! Gerade für den Hochschulstandort Karlsruhe wäre eine Zivilklausel besonders wichtig, um offene und verdeckte Rüstungsforschung zu verhindern. Unsere ForscherInnen sollten ihre ganze Kraft und die zur Verfügung stehenden Mittel unter anderem so wichtigen Themen wie dem Klimawandel, dem sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft, dem Umgang mit atomarem Abfällen und den abgeschalteten AKWs widmen können. Die Vehemenz, mit der die Zivilklausel jetzt auch von Grünen und SPD in der Regierung abgelehnt wird, zeigt den großen Einfluss der Rüstungslobby auf das politische System und das Hochschulwesen. Das lässt vermuten, dass die Rüstungsindustrie schon lange fest im KIT drin sitzt und mit diesem Standort plant."*



Zivilklausel gefordert: Soll militärische Forschung am KIT verboten werden?

Gesamt 652 Stimmen

47,39% - Ja, militärische Forschung hat am KIT nichts zu suchen!

28,37% - Nein, ein solches Verbot bringt nichts!

22,09% - An sich ist so ein Verbot sicher eine gute Sache - zivile und militärische Forschung lassen sich aber nun einmal nicht immer eindeutig trennen.

2,15% - Zu diesem Thema habe ich keine Meinung.



Lehnt eine „gesetzliche Beschränkung von Forschungsaktivitäten“ ab: die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Bild: dpa

Bildunterschrift taz online 08.05.12

„Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“

Tagung am 15./16. Juni im KIT

Nebenstehende Veranstalter laden zur Tagung 25 Jahre nach einem Kongress gegen Rüstungsforschung an der Uni Karlsruhe ein. Dieser Kongress wurde von Werner Buckel (1920 - 2003), Karlsruher Physiker und Friedenswissenschaftler, geleitet.

Das Geschichtliche soll mit dem Aktuellen verbunden werden, wozu das KIT offensichtlich genügend Stoff hergibt. Beginn: Freitag 18 Uhr, Uni Karlsruhe. Ort wird noch bekannt gegeben. Den Veranstaltern ist es gelungen, bedeutende Persönlichkeiten für Referate zu gewinnen:



Klaus Traube, Ex-Siemens-Interatom-Chefentwickler des „Schnellen Brüter“, später Atomaussteiger, über „Sackgassentechnologien z.B. Atomkraft“. Peter Herrlich, Genetiker und Mitinitiator des Mainzer Appells der NaturwissenschaftlerInnen gegen atomare Mittelstreckenraketen, ehem. Institutsleiter Forschungszentrum und Uni über „Verantwortung der Wissenschaften“. Reiner Braun, IALANA und NatWiss, in memoriam Werner Buckel.

Dazu kommen eine Reihe weiterer hochqualifizierter ReferentInnen mit den Themen Zivilklausel (Sören Böhrnsen, Bremen), Dual Use (Wolfgang Liebert, Darmstadt), Drohnen: Der distanzierte Tod (Volker Eick, Berlin / Bremen) und Atomforschung (Harry Block, Karlsruhe).

Am Samstag gibt es Arbeitskreise zu den Themen und um 16 Uhr ein Abschlusspodium mit Wissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik. Die Tagung wird verbunden mit einem bundesweiten Zivilklausel-Meeting ab Freitagmittag. Die Veranstalter erwarten von der Tagung weitere Impulse für die Friedensperspektiven der Hochschulen und zur Vernetzung der Aktivitäten.

Die bundesweite Aktionswoche des Bündnisses „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ vom 1.-8. Mai stand unter dem Leitsatz des Widerstandskämpfers und Holocaust-Überlebenden Martin Löwenberg aus München „Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“. Er wird auch diese Tagung inspirieren.

Anmeldung zur Tagung: Kongress@ialana.de Kontakt: Dietrich.Schulze@gmx.de

Mehr Infos in der WebDoku der Ini unter www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf und demnächst unter www.zivilklausel.de

ViSdP: Dietrich Schulze, Winterstr. 27, 76137 Karlsruhe

14. Mai 2012

